

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Johann Häusler

Abg. Harald Güller

Abg. Andreas Krahl

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Roland Magerl

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Bernhard Seidenath

Staatsminister Klaus Holetschek

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Transparenz und effektive Kontrollmechanismen in bayerischen Pflegeeinrichtungen (Drs. 18/21296)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Johann Häusler von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." – Wir kennen das. So steht es in Artikel 1 des Grundgesetzes. Dies gilt für alle Menschen hier in unserem Staat, aber insbesondere für die, die dieses Schutzes am meisten bedürfen, und zuallererst natürlich für alte und pflegebedürftige Menschen. Dies sind Mitbürgerinnen und Mitbürger, Mütter und Väter, oftmals aber auch Kinder. Viele von ihnen haben ein Leben lang hart dafür gearbeitet, unseren Wohlstand zu mehren und zu sichern.

Aber nicht jeder dieser Mitmenschen hat das große Glück oder auch den Segen, in der Geborgenheit der Familie alt werden zu dürfen. Wir – der Staat, die Kommunen, unsere sozialen Dienstleister, aber auch Private – investieren in ambulante, aber insbesondere auch in stationäre Einrichtungen, in die Infrastruktur und vor allem auch in die notwendige Personalausstattung. Dies sind wir unseren Mitmenschen absolut schuldig.

Dennoch – auch das ist die Wahrheit – fehlen Fachkräfte. Viele sind ausgepowert und überfordert. Manche geben ihren Beruf auf. Aber – das ist die andere Seite der Medaille, und hier kommen wir zum Kern des Antrags – oftmals geht es auch um die Wirt-

schaftlichkeit der Pflegedienste. Nicht erbrachte Leistungen, Abrechnungsbetrug usw. beschäftigen zusehends die Staatsanwaltschaften und Gerichte. So geschehen letztes Jahr in Augsburg im Fall eines Kassenbetrugs in der Größenordnung von drei Millionen Euro. Parallel dazu gab es einen Betrugsfall in München mit einem Volumen von zwei Millionen Euro. Pflegedienste rechnen hier etwas ab, was sie so nicht vollumfänglich erbringen.

Missstände gibt es aber nicht nur in diesem Bereich, viele wurden bereits im Jahr 2019 sehr deutlich. Auch hier im Bayerischen Landtag wurde dies dargestellt und in einer Anhörung auf meine Initiative und meinen Antrag hin beraten. Ich erinnere daran, es gab damals den Fall einer Wohngemeinschaft im nördlichen Landkreis Augsburg, die auf der Titelseite der "Augsburger Allgemeinen" mit der großen Schlagzeile dargestellt wurde: Toter saß am Mittagstisch. Damals gab es einen gemeinsamen Runden Tisch im Landratsamt Augsburg. Dort saßen Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen am Tisch. Dabei kam sehr klar zum Ausdruck, dass die Heimaufsicht nur sehr schwer und eingeschränkt Kontrollen in diesen Wohngemeinschaften vornehmen kann. Aufgrund dieses Fachgesprächs lautete dann die Zielsetzung, dass die Kontrollmechanismen an die in den stationären Einrichtungen angepasst und gleichgestellt werden. Soweit zu dieser Geschichte.

2021 haben wir in den Fachausschüssen sehr ausführlich das Thema Seniorenresidenz in Schliersee gehabt. Diese geriet damals in den Fokus der Öffentlichkeit. Warum? – Weil dort erhebliche Pflegemängel festgestellt wurden, was schließlich zur Schließung führte, weil die Krankenkassen die Versorgungsverträge gekündigt haben.

Nun folgt die Verknüpfung der ganzen Geschichte: 15 Bewohner aus Schliersee wurden dann in das Pflegeheim in der Ebnerstraße in Augsburg übersiedelt. Darüber ist gestern auch im Gesundheitsausschuss diskutiert worden. Der italienische Konzern, der diese Pflegeheime betreut bzw. verwaltet und managt, ist bereits in Italien vermehrt aufgefallen und hat dort sehr viele Negativschlagzeilen produziert. Derzeit – dies vielleicht zur Kenntnisnahme – beschäftigt dieses Unternehmen die Bayerische

Zentralstelle zur Bekämpfung von Betrug und Korruption im Gesundheitswesen in Nürnberg und die Staatsanwaltschaft München II. Dabei geht es nicht nur um Abrechnungsbetrug, sondern auch um mutmaßliche Körperverletzungsdelikte an 88 Bewohnern und 17 Todesfälle. Der derzeitige Leiter des Heims in Augsburg, der die Schließung und diesen Skandal zu verantworten hatte, war zuvor bereits in Schliersee verantwortlich. Das muss man sich einmal vorstellen!

Nun wird es noch interessanter: Der Träger hat die Bewohner damit geködert, nach Augsburg zu kommen, indem er ihnen dort Rabatte zugesichert hat. Gestern habe ich auf der Homepage dieses Unternehmens, der Seniorenresidenz in der Ebnerstraße in Augsburg gelesen, dass sie besonders günstige Preise anbieten – Preise, die im Grunde 1.000 Euro unter den anderen liegen. Man muss sich einmal vorstellen, was für eine skandalöse Geschichte das ist, wenn man es einmal von dieser Seite sieht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Heimaufsicht in Augsburg und der Medizinische Dienst müssten eigentlich aufgrund der öffentlichen Berichterstattung und der Umstände der Schließung des Heims in Schliersee ausreichend informiert und sensibilisiert gewesen sein. Schliersee wurde Ende September 2021 geschlossen. Und, das ist jetzt positiv, der Medizinische Dienst kam bereits im Oktober 2021 unangemeldet in das Heim in der Ebnerstraße in Augsburg. Damals wurden neun Bewohner überprüft. Es wurde festgestellt: wenig Essen, wenig Trinken, die Personen ungepflegt, ungewaschen, fehlende Arzneimittel und falsche Verabreichung. Das Fazit war: Die Pflege im Heim ist nicht sichergestellt. Im Januar 2022 kam die Prüfung noch einmal. Damals hat es geheißen, es wurden 22 Defizitbewertungen abgegeben. Bei der letzten Bewertung waren es nur 12. Es gibt da die Beschreibung von einem Pfleger, der sagt, es wäre eine nackte Frau auf dem Rollator gesessen. Tod, Durchfall, Urin, Erbrochenes. Eine unversorgte Wunde eines Heimbewohners, es hätten sich Maden darauf gebildet. Das Bein musste amputiert werden. Das Heim bestreitet diese Vorwürfe. Im Grun-

de hat Corona dazu beigetragen, dass dieses Heim dann letztendlich doch geschlossen werden konnte und geschlossen wurde. Gott sei Dank.

Was hier schwierig ist, und deshalb sage ich das noch einmal ganz explizit: Die Mitarbeiter behaupten, die Heimleitung wäre in Kenntnis der Kontrollen gewesen, die unangemeldet waren. Das macht dieses Problem noch dramatischer. Wenn man genau hinschaut, dann muss man am Schluss sogar feststellen, dass der Leiter der Einzige war, der überhaupt eine Pflegeausbildung hatte. Kräfte aus Italien waren noch nicht einmal der deutschen Sprache mächtig. Das dazu. Hier geht es nicht nur um Betrug, sondern hier geht es auch um die Verletzung von Menschenrechten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das können wir so nicht durchgehen lassen. Deshalb müssen wir dagegen mit aller Entschiedenheit arbeiten.

(Beifall)

Was können wir tun? – Wir müssen unverzüglich das anonyme Telefon einrichten, ein Pflege-SOS-Telefon. Dankenswerterweise hat die Staatsregierung schon mitgeteilt, dass das im März der Fall sein soll. Wir müssen viel mehr unangemeldete und breit angelegte Prüfungen durchführen. Wir brauchen schnellere und wesentlich härtere Sanktionen. Wir müssen auch kurzfristig den bereits angekündigten Runden Tisch mit allen Beteiligten –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit geht zu Ende.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): – danke schön, Herr Präsident – einberufen. Und wir brauchen dringend die Überarbeitung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes von 2008. Wir brauchen kürzere Verfahrenswege.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. Sie haben noch Gelegenheit bei einer Zwischenbemerkung.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Wir brauchen das alles zusammen, um denjenigen, die das anständig betreiben, auch gerecht zu werden. Den Pflegekräften möchte ich bei dieser Gelegenheit – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende!

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Ich möchte den Pflegekräften, die ihren Job richtig machen, herzlich Danke sagen.

(Lebhafter Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie haben noch einmal Zeit. Ich glaube, ich habe dreimal auf das Ende Ihrer Redezeit hingewiesen. Herr Abgeordneter Güller von der SPD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Harald Güller (SPD): Lieber Herr Kollege Hans Häusler, das ist ja alles recht und schön und eine drastische Schilderung dessen, was in Augsburg und in Schliersee passiert ist. Menschenunwürdige Pflege, zu wenig Pflegekräfte, ein kapitalistisches Streben des Betreibers ohne Ende und das Ganze mit Ansage. Jetzt ist doch nur die Frage: Wie reagieren wir darauf?

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Genau!

Harald Güller (SPD): Du nennst am Ende selbst ein paar mögliche Reaktionen. Dann lese ich aber den Antrag, der hier vorliegt, und da steht: Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie Kontrollmechanismen geändert werden können. – Entschuldigung, ich brauche nicht prüfen, ob die Kontrollmechanismen zu ändern sind. Sie sind zu ändern, und sie sind sofort zu ändern, und sie sind sofort zu verschärfen, und zwar komplett. Dann schreibt doch so etwas auch in den Antrag hinein und sagt es nicht nur in der Rede vorndran, damit man dem Gesundheitsministerium nur ja nicht wehtut.

(Beifall bei der SPD)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Lieber Harald, es geht nicht darum, ob man irgendjemand wehtut oder nicht, sondern es geht darum, dass man zu Ergebnissen kommt. Deshalb der Prüfauftrag: Welche Möglichkeiten gibt es? – Wir haben Möglichkeiten angesprochen. Ich darf dich an ein Interview erinnern, das du in "augsbург.tv" gegeben hast. Da habe ich gehört, dass du den Referenten von den GRÜNEN in Augsburg stark kritisiert hast, weil er nur von Sanktionen und nicht von den Fakten gesprochen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Ja, das kann man so sagen. Das Papier wird von rechts nach links geschoben, und er hat das Ganze mit der Faktenlage, mit der Rechtslage begründet. Genau da sind wir beieinander. Wir brauchen die gesetzliche Verschärfung, damit die Zeitspannen kürzer werden und das Durchgriffsrecht da ist. Wenn das das Ergebnis der Prüfung ist, dann haben wir alle miteinander Großartiges geleistet im Sinne derjenigen, denen wir verantwortlich sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Häusler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Andreas Krahl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem Redebeitrag von Herrn Kollegen Häusler wird mir der Antrag zwar nicht klarer, aber insgesamt verstehe ich, wie es zu diesem Antrag gekommen ist. Um in der Wortwahl der FREIEN WÄHLER zu bleiben: Ich würde es begrüßen, wenn die Antragsteller der FREIEN WÄHLER in Zukunft auch mit den Parlamentarier*innen, die in den Ausschüssen vertreten sind, Rücksprache halten. Dann könnte man sich so eine Debatte nämlich im Sinn der Betroffenen aufregender bzw. für alle Beteiligten spannender vorstellen.

Nun aber zum großen Ganzen. Ja, Herr Häusler, es ist eine humanitäre Katastrophe. Ja, schon wieder, und nicht nur in Schliersee, sondern jetzt auch in Augsburg. Vier Monate nach der Schließung des Heims in Schliersee und obwohl wir, die GRÜNEN, die SPD und die FDP in der Expertenanhörung explizit darauf hingewiesen haben, dass der Betreiber des Heims in Augsburg, in das diese Menschen verlegt wurden, der gleiche ist, diskutieren wir heute wieder darüber.

Meine Damen und Herren, Pflegeskandal ist ein ganz banales Wort angesichts dessen, was wir hier schon wieder mitten unter uns vorfinden. Ich bin mir sicher, dass das in Schliersee und in Augsburg keine Einzelfälle waren, sondern dass das auch jetzt, in dieser Sekunde, wieder passiert: Menschen hungern, Menschen werden vernachlässigt, liegen sich in den eigenen Exkrementen wund, erfahren Gewalt, sind ausgeliefert und sterben. Jetzt kommen die Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER ums Eck und zeigen sich öffentlichkeitswirksam betroffen. Sie stellen hier einen Dringlichkeitsantrag, der dieser Empörung Ausdruck verleihen soll. Das tun Sie jetzt, meine Damen und Herren, nachdem die FREIEN WÄHLER während der ganzen Aufarbeitung des Falles in Schliersee – das habe ich in den Protokollen nachgelesen – nicht einen einzigen Wortbeitrag geleistet haben. Das können Sie nachlesen. Das tun Sie jetzt, meine Damen und Herren, nachdem Sie im Ausschuss für Gesundheit und Pflege vor drei Wochen einer Anhörung nur unter der Bedingung zugestimmt haben, dass wir sie auf das Jahr 2023 verschieben. Wohlgermerkt, der Antrag im Ausschuss war im Februar 2022. Wo ist denn vor drei Wochen die Dringlichkeit gewesen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt wollen Sie Expertinnen und Experten hinzuziehen und das Ganze evaluieren. Die Staatsregierung soll prüfen, inwieweit und inwiefern. Ja, das ist verdammt wichtig. Ja, das passiert bereits. Ja, meine Damen und Herren, diese Expertenanhörung ist erstens Landtagsdrucksachenbeschluss, zweitens gestern vom Staatsminister dankenswerterweise angekündigt worden, und drittens habe ich dafür heute schon die Einladung bekommen. Jetzt, zwei Stunden nachdem die Einladung gekommen ist, for-

dern die FREIEN WÄHLER, dass eine solche Anhörung auch umgesetzt wird. Meine Damen und Herren, was ist denn das für ein Verständnis von Parlamentarismus? Was ist das denn für ein Verständnis der Fraktion der FREIEN WÄHLER? Entschuldigung, das spottet doch jedem Verständnis von Demokratie. Meine Damen und Herren, in der hier vorliegenden Form ist das eine Beleidigung für die Betroffenen in diesem Augsburger Pflegeheim, für die Betroffenen allgemein. Nachdem dieses wichtige Vorgehen auf Druck der parlamentarischen Opposition jetzt endlich in die Gänge gekommen ist, kommt das als Dringlichkeitsantrag auf den Tisch, jetzt, nachdem die Einladung schon da ist. Meine Damen und Herren: schade!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Nein, auch der hat versagt. Das sage ich ja gar nicht. Aber wir sind hier im Bayerischen Landtag, und im Bayerischen Landtag muss ich sagen, die Staatsregierung hat die Rechtsaufsicht darüber. Wir haben uns über Parlamentarismus unterhalten und nicht über die Rechtsaufsicht in Augsburg.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Krahl, es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Herr Häusler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Krahl, ich verstehe die Emotionen. Hinsichtlich der Betroffenheit geht es mir im Grunde genauso; da sind wir auf der gleichen Welle.

Nur eines: Sie machen uns jetzt dafür verantwortlich, dass es jetzt erst zu einem Dringlichkeitsantrag kommt. Ich darf daran erinnern – ich habe es schon vorhin in meiner Rede angeführt –, dass ich bereits Ende 2019 einen Antrag gestellt habe, der dann Anfang 2020 im Gesundheitsausschuss – damals war ich als Gast dabei – behandelt wurde. Dieser Antrag betraf dieses Thema.

Ich darf vielleicht auch noch daran erinnern, dass Stephanie Schuhknecht damals gemeinsam mit mir im Landratsamt war, um das Thema zu besprechen. Wir haben vereinbart, dass wir das Thema in den Bayerischen Landtag einbringen. Das Thema ist jetzt also nicht vom Himmel gefallen, sondern hat eine gewisse Historie. Wir haben durchaus eine Zusammenarbeit gepflegt. Ich bitte, auch einmal wertzuschätzen, dass es auch über Parteigrenzen hinweg positive Ansätze und Zusammenarbeit gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Andreas Krahl (GRÜNE): Ich muss ganz ehrlich sagen: Danke, dass ich jetzt noch einmal das Wort bekomme. – Ja, diese fraktionsübergreifende Zusammenarbeit gibt es wirklich. Wir waren alle, aus allen Fraktionen, hier zusammengesessen – ich glaube, es war vor zwei Wochen; lieber Klaus, Herr Staatsminister, berichtige mich – und haben ganz konkrete Maßnahmen diskutiert, wie wir eine Novelle des PflWoqG angehen können. Ja, von allen Fraktionen liegen Vorschläge auf dem Tisch. Darüber gilt es jetzt zu diskutieren.

Genau deswegen haben wir schon vor drei Wochen die Anhörung gefordert. Damals wäre sie richtig gewesen. Die Begründung lautete: Das Ministerium ist komplett überarbeitet; deswegen könne man einer Anhörung nur zustimmen, wenn sie im Jahr 2023 stattfindet. Wenn wir es dringlich machen, dann machen wir es bitte gescheit dringlich!

Zur überfraktionellen Zusammenarbeit, Herr Kollege Häusler, gehört auch dazu, dass es, wenn es dringlich ist, komplett egal ist, von wem der Vorschlag ins Parlament eingebracht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Krahl. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Roland Magerl von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern haben wir im Gesundheitsausschuss die Situation des Heimes in Augsburg beleuchtet und festgestellt, dass dort wirklich vieles im Argen liegt, allen voran, dass die Aufsicht auch gleichzeitig die Beratung der Heime innehat und von daher gefühlt ungern durchgreifen will. Kollege Krahl hat es gerade angesprochen: Wir haben vor zwei Wochen das Thema auch mit dem Herrn Staatsminister in einer wirklich konstruktiven Konferenz besprochen. Dort sollten wir wirklich einmal den Hebel ansetzen. Es könnte ja heißen: Sie haben schlecht beraten.

Ja, wir hätten über die Situation in der Pflege schon viel länger und viel dringender sprechen müssen. Wir müssen jetzt nicht nur darüber reden, wie wir Kontrollen verbessern; wir müssen auch darüber reden, wie es in einem reichen Land wie Deutschland überhaupt möglich ist, dass wir an manchen Stellen derart unmenschliche Bedingungen haben. In Augsburg waren am Ende nicht einmal mehr Pflegekräfte da, die noch Deutsch sprachen – kein Wunder bei einem Betreiber, der vorher schon von Skandalen erschüttert war.

Meine Damen und Herren, wir müssen endlich in die Pötte kommen, und zwar fraktionsübergreifend – das hat Kollege Krahl auch schon angesprochen –, damit alle an einem Strang ziehen. Wir wollen die gesamte Systematik vereinfachen: PflWoqG, SGB V, SGB XI, Heimaufsicht, MDK, Pflegekasse usw. Da wird man einfach das Gefühl nicht los, dass Menschen nur noch ein Teil der Bürokratie sind, die der Selbstbefriedigung der Regierungen dient. Dahinter steckt ein Verwaltungsapparat, der trotz rechtlicher Möglichkeiten viel zu lange braucht, bis er in die Gänge kommt. Da wird auch Ihre Pflege-SOS-Notrufnummer nicht mehr helfen. Das ist reiner Aktionismus. Wir ergeben uns einem Regulierungs- und Dokumentationswahn ohne Nutzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Da helfen auch keine Berichte, vor allem, weil Ihr Antrag erst jetzt kommt. Scheinbar war der Skandal am Schliersee nicht schlimm genug. Erst beim zweiten Skandal wachen Sie dann auch viel zu spät auf. Liebe FREIE WÄHLER, Sie sollten die Skandalblindheit nicht von der CSU lernen.

Ihren Antrag lehnen wir ab. Wir wollen handeln und nicht darum herumreden. Es braucht einen Aktionsplan, damit wir Menschen menschenwürdig behandeln –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Magerl, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Roland Magerl (AfD): – und nicht in der Pflegebürokratie versauern lassen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Ich gebe nun Herrn Harald Güller als Abgeordnetem der SPD-Fraktion das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Noch einmal zurück zum Grund des heutigen Antrags von CSU und FREIEN WÄHLERN. Es ist doch ganz klar – das ist schon mehrfach angesprochen worden –: Zugrunde liegen zwei Pflege-skandale; der am Schliersee und der der letzten beiden Wochen in Augsburg in der Ebnerstraße, der jetzt damit geendet hat, dass das Heim geschlossen worden ist und über 80, ich glaube, 86 Bewohnerinnen und Bewohner in einer Notaktion, in einer wirklich massiven Aktion aller sozialen Organisationen in Augsburg, der Blaulicht-Organisationen und auch anderer Organisationen in neue Heime verlegt worden sind. Das war aber doch – und das ist der Skandal daran in Augsburg – mit Ansage, Kolleginnen und Kollegen.

Nach der Verlegung von 15 Bewohnerinnen und Bewohnern vom Schliersee in die Ebnerstraße nach Augsburg hat das Gesundheitsministerium am 9. November im zuständigen Ausschuss im Bayerischen Landtag zugesichert, dass es eine enge Kontrolle und eine enge Begleitung der Verlegung gibt und dass die FQA der Stadt Augsburg

sich mit darum kümmern wird und dass das Gesundheitsministerium sich mit darum kümmern wird.

Ich habe eine Anfrage im Plenum gestellt und gefragt: Ja was ist denn seitdem passiert? – Dann wurde mir gesagt, dass es drei Begehungen gab. Wie gesagt: Der Bericht war am 9. November 2021 in diesem Haus, und es gab drei Begehungen. Eine war am 11. Mai 2021, also vorher, eine am 12. Oktober 2021, also vorher, und jetzt sage und schreibe eine Begehung am 31. Januar 2022, also seit dem Bericht im Ausschuss eine Begehung dieser Einrichtung. Dabei gab es ganz klar festgestellte schwere Pflegemängel, schwere Mängel bei der Wundversorgung und auch bei der Umsetzung ärztlicher Anordnungen. Liebe Leute, angesichts dessen kann man doch nur davon sprechen, dass ein Versagen der Kontrollmechanismen vorliegt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will gar nicht zu sehr dem Einzelnen eine Schuld zuweisen. Es reicht aber nicht, wenn man in Augsburg ein Blatt Papier von der linken Seite auf die rechte Seite und, wenn sich dann einer darüber beschwert, von der rechten auf die linke Seite legt. Da braucht man eben sowohl das Personal als auch den politischen Willen, einzugreifen, und man braucht an der einen oder anderen Stelle auch noch verschärfte gesetzliche Regelungen, und darum geht es doch in diesem Moment.

Wir müssen die Kontrollen neu organisieren. Wir müssen das eine oder andere auch stumpfe Schwert schärfen, um gegen schwarze Schafe wie ganz offensichtlich diesen Betreiber dieser Heime in Schliersee und in Augsburg vorgehen zu können, der meint, aus diesem Bereich nur Geld herausziehen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist die Frage des Prüfantrages, ob es notwendig ist, Kontrollmechanismen zu verändern, einfach zu wenig. Wir werden trotzdem zustimmen. Kollege Krahl hat dargestellt, was die Bedenken von CSU und FREIEN WÄHLERN noch vor wenigen Wochen im zuständigen Ausschuss waren. Ein bisschen Bewegung ist ja schon drin. Das Schlimme ist, dass Seniorinnen und Senio-

ren leiden mussten, bis ihr euch bewegt habt, dass mit Menschen menschenverachtend umgegangen worden ist, bevor ihr jetzt plötzlich Whistleblower anerkennt und jetzt plötzlich sagt: Wir müssen die Rahmenbedingungen verändern.

Meine Kollegin Ruth Waldmann – von dieser Stelle aus gute Besserung an dich, liebe Ruth – hat seit 2017 immer wieder Vorschläge in dieser Richtung gemacht, die ihr alle miteinander abgelehnt habt und wo ihr gesagt habt: So schnell müssen wir an dieser Stelle noch nicht handeln; da kann man ja noch ein wenig warten. Nein, Sie hätten bereits vor Jahren handeln können und handeln müssen. Diesen Vorwurf der SPD kann ich Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dieser Antrag heute durchgeht, erwarte ich nicht nur, dass Sie so langsam in eine Prüfung einsteigen, sondern dass die Prüfung und die Bewertung innerhalb der nächsten ein bis maximal zwei Monate vonstattengehen. Die SPD erwartet ausdrücklich, dass die Staatsregierung diesem Haus dann sofort einen Entwurf für ein neues Pflege- und Wohnqualitätsgesetz vorlegt, sodass wir es noch vor der Sommerpause beschließen können. Die SPD ist dazu bereit, hier beschleunigt vorzugehen; jetzt sind das Ministerium, der Minister und die Staatsregierung gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrter Herr Häusler, Ihre Rede deckt sich nicht mit Ihrem Antrag, denn dort findet man Worte wie "prüfen" und "berichten" und will erörtern, ob geändert werden kann. Der Antrag enttäuscht und soll wohl zeigen, dass die FREIEN WÄHLER auch noch existieren – vor allem vor dem Hintergrund, dass die An-

kündigungen von Gesundheitsminister Holetschek deutlich weiter gehen. Diese Stufe der politischen Prüfung und Berichterstattung sollte längst überschritten sein.

Bemerkenswert ist, dass es sich um einen Dringlichkeitsantrag handelt, wobei die Problematik nicht erst seit gestern bekannt ist; ich erinnere Sie an Gleusdorf im Jahr 2016, an Schliersee im Jahr 2021 und im Jahr 2022 an Augsburg. Das sind drei erschreckende Beispiele für das Versagen der Kontrollmechanismen, die eigentlich die Schwächsten der Schwachen schützen sollten.

Fakt ist, dass ein strukturelles Durchsetzungsdefizit besteht, das schnellstens korrigiert werden muss. In den besagten Fällen fehlte es nicht an der Erkenntnis, dass es sich um menschenunwürdige Zustände handelt; vielmehr fehlte es an der rechtlichen und gesellschaftlichen Gewissheit für die zuständigen Behörden, dass eine Schließung unverzüglich durchzuführen ist.

Es ist höchste Zeit zu handeln, und es ist gut, dass Staatsminister Holetschek angekündigt hat, grundsätzliche Reformen anzustoßen. Auch das im Antrag angedeutete Fachgespräch ist außerordentlich zu begrüßen. Die bereits beschlossene Expertenbefragung Anfang 2023 – das wurde wiederholt von den Kollegen der GRÜNEN und auch der SPD erwähnt – wäre deutlich zu spät; deshalb begrüßen wir das außerordentlich.

Die Opposition muss auch an derartigen Formaten beteiligt werden. Deshalb begrüße ich auch sehr, dass wir heute im Laufe der Plenarsitzung die Einladung von Minister Holetschek erhalten haben. Unsere Vorschläge liegen bereits auf dem Tisch: Von der Einführung eines Pflegemonitorings über die Neuordnung der Zuständigkeiten bei der Heimaufsicht bis hin zu mehr und besser qualifiziertem Personal in diesem Bereich wurde bereits vieles von uns vorgeschlagen, um die Situation zu verbessern.

Noch wichtiger ist es allerdings, die pflegerische Versorgung im Freistaat generell zu verbessern, denn schlimmer als schlechte Pflege ist nur keine Pflege. Wir schlagen deshalb auch die Einsetzung einer entsprechenden Enquete-Kommission "Pflege in

Bayern" vor. Ich bitte Sie, auch diesem Ansinnen zu folgen und vielleicht auch in diesem Bereich in eine Diskussion einzusteigen, weil der Vorkommnisse, die wir in letzter Zeit erleben und im Gesundheitsausschuss diskutieren durften, zu viele sind. So darf es nicht weitergehen. Ich sehe den Willen, spüre den Aufbruch und hoffe, dass den Worten auch wirklich Taten folgen, damit wir diese Thematik im Jahr 2022 endgültig ad acta legen können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kollege Dr. Spitzer. – Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Zu diesen Schwächsten gehören auch und gerade die Pflegebedürftigen. Das klappt in Bayern zum allergrößten Teil sehr gut. Wir danken an dieser Stelle explizit allen, die Tag für Tag, rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr für pflegebedürftige Menschen in Bayern sorgen – in Pandemiezeiten und auch außerhalb. Das macht unser Land warm, freundlich und human.

(Beifall bei der CSU)

Die Berichterstattung in den Medien legt dagegen nahe, dass in der Pflege alles schlecht sei. So ist es beileibe nicht. Investigativjournalisten prägen das Bild; das ist aber ein Zerrbild, denn wir sehen sehr viel gute Pflege in Bayern. Gleichwohl will ich nicht verschweigen, dass es auch die eine oder andere dunkle Wolke gibt.

So ist es bisher auf Bundesebene leider nicht gelungen, eine Pflegereform umzusetzen, nach der die Pflege kein Armutsrisiko mehr ist. Solange das so ist, ist Geiz geil – notfalls auch auf Kosten der Pflegebedürftigen; das Beispiel eines Sohnes, das uns der Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung berichtet hat, spricht hier Bände – ich zitiere –:

Mein Vater hat sich auch nie um uns gekümmert; deshalb kann er jetzt ruhig in irgendeinem Heim sein – Hauptsache billig.

Es scheint also einen Markt für Dumping-Pflege zu geben, weg von allen Qualitätsmaßstäben; hier bedarf es wirksamer Kontrollmechanismen. Dass solchen Tendenzen in der Pflege Einhalt geboten wird, ist Aufgabe der Heimaufsicht und des Medizinischen Dienstes. Die Kontrollinstanzen müssen wirkmächtig, effektiv, präzise und schnell sein. Ein Prüfstein war hier die Augsburger Ebnerstraße:

Allen Unkenrufen und künstlichen Erregungen und Aufregungen der Opposition zum Trotz haben die Behörden bewiesen, dass das System funktioniert und schlagkräftig ist. Der Betrieb des Heims wurde untersagt, und die Pflegebedürftigen wurden anderswo untergebracht. Wir haben uns darüber gestern im Gesundheits- und Pflegeausschuss mit dem Gesundheitsamt vor Ort, aber auch der obersten Heimaufsichtsbehörde, dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, lange ausgetauscht.

Lieber Herr Güller, ich weiß nicht, wo da das Versagen ist, das Sie hier gebrandmarkt haben. Seit Schliersee ist die Augsburger Ebnerstraße das am schärfsten überwachte Heim. Ich habe gefunden, dass Sie sich darüber künstlich aufgeregt haben. Ich denke, wir haben uns darüber gestern sehr sachlich ausgetauscht. So kommen wir auch weiter, denn im Grunde genommen – Sie haben es letztlich selber gesagt – wollen wir dasselbe. Sie haben angedeutet, dass Sie dem Antrag zustimmen werden. Wir wollen dasselbe und können sachlich darüber reden, wie es unser Gesundheitsminister Klaus Holetschek tut. Das ist eine sehr sachliche Auseinandersetzung, eine Einladung zum Gespräch an alle, weil es Aufgabe für uns alle ist, die menschenwürdige Pflege in Bayern zu gewährleisten.

Lieber Kollege Krahl, Sie waren gestern nicht beim Bericht über die Ebnerstraße und bei der Diskussion im Ausschuss dabei. Die Anhörung, die Sie gerade zitiert haben, bezieht sich auf das PflWoqG und nicht auf die Strukturen der Heimkontrolle; das

sind zwei Paar Schuhe, weshalb man differenzieren muss. Sie werfen Äpfel und Birnen durcheinander: Das PflWoqG geht weit über die Kontrollmechanismen hinaus.

Klar ist aber auch, dass in den allermeisten Heimen in Bayern aufopferungsvoll gepflegt wird; die Fachkräfte engagieren sich in vorbildlicher Weise. Wie überall aber gibt es schwarze Schafe, und genau für die brauchen wir schlagkräftige Instrumente. Ihre Aufgabe ist, die kritische oder gar die gefährliche Pflege in ihre Schranken zu weisen und die große Mehrheit der ohnehin schon gut Pflegenden zu beraten, wie sie noch besser werden können.– Lieber Herr Kollege Magerl, genau das ist die Aufgabe der Heimaufsicht, der FQA und des MD Bayern: zu beraten und einzugreifen, wenn es erforderlich ist. Das ist kein Widerspruch, anders als Sie es gerade dargestellt haben, aber Sie hören gerade sowieso nicht zu. Vielleicht können Sie es im Protokoll nachlesen. Herr Magerl, Sie lesen das dann einfach im Protokoll nach.

(Zuruf)

– Er soll nachlesen, was ich gerade zu seinen Aussagen gesagt habe. – Gute Pflegequalität ist das Ziel. Pflege geht uns alle an. Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, überall und zu jeder Zeit menschenwürdige Pflege sicherzustellen. Die Kontrollmechanismen sind hier umso wichtiger, wenn weitere mögliche oder natürliche Kontrollinstanzen versagen, nämlich die Betroffenen selbst, weil sie einfach zu vulnerabel und auf Beistand und Sorge angewiesen sind. Sie sind wehrlos und haben nicht die Kraft aufzubegehren. Das betrifft auch die Angehörigen, wenn sie nicht interessiert sind oder – wie beschrieben – ein eigenes Interesse an Discount- oder Dumpingpflege haben, und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Heimen, weil sie vielleicht in genau dieser Einrichtung wegen des Schulwegs der Kinder oder warum auch immer arbeiten wollen, auch wenn sie an jedem Finger fünf andere Jobangebote haben. Diese Lücken muss die Heimaufsicht und müssen die Kontrollinstanzen jetzt und erst recht künftig schließen. Nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte.

Unser Antrag, der Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU, will diesen Prozess der kontinuierlichen Verbesserung anstoßen und beschleunigen. Es muss stetig geprüft werden, was verbessert werden kann. Hier ist auch externe Expertise einzubeziehen. Im Ausschuss wollen wir hierzu einen Bericht erhalten; es geht auch um die ständige Überprüfung, wie das Zusammenspiel der Prüfinstitutionen, also zwischen FQA und Medizinischem Dienst, verbessert werden kann. Es geht auch um Transparenz gegenüber Pflegebedürftigen und Angehörigen, damit die große Mehrheit, die das Beste für ihre Angehörigen will, eine gute und zutreffende Entscheidungsgrundlage für ihre Wahl hat. Es geht wie bei der Wahl des Kindergartenplatzes um eine Konkurrenz der Guten.

Im Fall des Falles geht es auch um Sanktionsmöglichkeiten, damit die Kontrollinstanzen nicht zahnlos sind, sondern am besten in einem Stufensystem, anlassangemessen, adäquat eingreifen und dazu motivieren können, auf den Pfad der Tugend zurückzukehren. Niemand hat etwas davon, wenn die Medien ihre Berichterstattung und Bestimmung nur darin sehen, investigativ Pflegeskandale aufzudecken und eine öffentliche Empörung anzustacheln. Das prägt Meinung. Das macht Pflege schlecht. Das verunsichert die Menschen. Das drängt auch Pflegekräfte aus ihrem Beruf.

Unser Anspruch ist es, schwierige Pflegeverhältnisse lange vor den Medien zu entdecken und abzustellen, bevor sie weitere Kreise ziehen. Vielleicht berichten die Medien und insbesondere der Bayerische Rundfunk ja irgendwann einmal auch positiv über die vielen Heime in Bayern, in denen sehr gut, zuwendend und mit großer Sorge und Sorgfalt gepflegt wird. Das wünsche ich mir. – Ich bitte Sie herzlich, unserem Antrag zuzustimmen. Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Seidenath. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Krahl. Herr Krahl, bitte.

Andreas Krahl (GRÜNE): Geschätzter Kollege Seidenath, gestatten Sie mir zwei Fragen. Ich zitiere aus Ihrer Rede, wonach die Kontrollinstanzen komplett funktioniert hätten. Verstehe ich diese Aussage richtig, dass Sie hinter dem ohnehin schon dürftigen Antrag der FREIEN WÄHLER als CSU noch zurückbleiben, weil Sie meinen, es passe sowieso alles und die Medien müssten nur anders darüber berichten? – Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage: Bleibt es dann dabei, dass die Staatsregierung die Expertenanhörung zur Novelle des PflWoqG erst im Jahr 2023 plant und somit auch den Novelierungsbedarf nicht als dringlich erachtet, sondern meint, man habe noch zwei oder drei Jahre dafür Zeit? – Das frage ich insbesondere wegen des – ich sage einmal – Angriffs auf meine Person.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Lieber Herr Kollege Krahl, zum einen habe ich gesagt, dass das System funktioniert und schlagkräftig ist. Das hat sich gezeigt. Der Betrieb ist untersagt worden, die Menschen sind in Sicherheit. Ich habe aber auch gesagt, kein System sei so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Genau darum geht es. Wir brauchen diese Frühwarnsysteme. Wir müssen eingreifen können. Wir brauchen diese Schlagkraft. Ich habe das ja alles dargestellt. Also bitte hören Sie das im Gesamten; dann wird das schon klar.

Zum anderen habe ich Sie nicht angegriffen. Ich habe versucht, in einen kollegialen Austausch einzutreten und Sie darauf hinzuweisen, dass Ihr Vergleich in der Rede schief war und es bei der geplanten Anhörung nicht allein um die Heimaufsicht, sondern das PflWoqG als solches geht. Zu dieser Anhörung haben wir als CSU- und als FREIE-WÄHLER-Fraktion gestern übrigens noch einen ergänzenden Antrag gestellt; darauf habe ich Sie nur ganz kollegial, ganz freundschaftlich und ohne Angriff hingewiesen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. Vielen Dank, Herr Kollege Seidenath.

(Beifall bei der CSU)

– Nun rufe ich den Staatsminister Klaus Holetschek als letzten Redner auf.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns im Hohen Haus und parteiübergreifend darüber einig, dass die Dinge, die wir gesehen haben, inakzeptabel sind, wir gemeinsam alles tun wollen, um so etwas in Zukunft zu verhindern, und die Würde des Menschen über all diesen Themen steht. Hier haben wir keinen Dissens, auch wenn wir jetzt darüber diskutieren, wer wann wo was hätte tun müssen; das kann man diskutieren. Jetzt geht es doch auch um die Frage, wie wir gemeinsam diese Zukunft angehen und jetzt gute und vernünftige Regelungen finden, die gar nicht so einfach zu finden sind, wenn man ehrlich ist.

Wir wissen alle hören immer wieder: Kontrolle ist wichtig. Manchmal wird aber kritisiert, dass es Doppelstrukturen gibt; es heißt, die Heimaufsicht sei da, der MD sei da, die Einrichtungen seien sowieso schon unterbesetzt und dann komme es noch zu diesen Kontrollen. Das ist auch ein Teil der Wahrheit. Deswegen geht es jetzt darum, wirklich auf das System zu schauen, um zu sehen, wie wir die Effizienz verbessern und die Dinge genau so anpassen können, dass sie draußen wirklich helfen und wirklich ankommen.

Ich habe mir in Augsburg die Heimaufsicht noch einmal angesehen und bin auch dankbar, dass uns Kollege Seidenath schon gestern im Ausschuss die Berichterstattung dazu ermöglicht hat. Das war eine mir wichtige Initiative. Wir wollten das darstellen; es war auch Herr Erben von der Stadt Augsburg dabei. Wenn man sich das genau ansieht, dann bemerkt man, dass die Heimaufsicht sehr oft zur Beratung in diesem Heim war. Die Frage ist eben, in welchem Verhältnis Kontrolle und Beratung stehen und wann dann auch Maßnahmen getroffen, angeordnet und auch durchgesetzt wer-

den müssen. Ich bin hier der Meinung, wir müssen das jetzt tun. Wir müssen nicht mehr lange diskutieren, sondern jetzt ein Bündel von Maßnahmen auf den Weg bringen.

Heute war die am Beitrag "Team Wallraff – Reporter undercover" von RTL beteiligte Journalistin im Ministerium; ich weiß nicht, wer von Ihnen das gesehen hat. Mir war es einfach wichtig, noch einmal von dieser Journalistin zu hören, wie sie das denn in dieser Einrichtung empfunden hat. Sie war dort als Investigativjournalistin undercover für ein paar Tage als Pflegepraktikantin und hat sich das angeschaut. Darauf müssen wir einen Blick werfen, auch wenn wir Herrn Fussek hören, der fragt, wie so etwas unabhängig von der Kontrolle im System der Angehörigen und der dort arbeitenden Pflegekräfte passieren könne. Warum funktioniert denn dort irgendetwas nicht? Ist es die Angst, den Beruf zu verlieren? Ist es, dass es den Angehörigen egal ist, was in der Einrichtung passiert, Hauptsache es ist billig? Wo genau sind dort die Stellschrauben?

Es ist deswegen gut, dass wir jetzt diesen Fünf-Punkte-Plan etablieren, diese Pflege-SOS-Anlaufstelle auf den Weg bringen und ein niedrighwelliges Angebot schaffen, das man annehmen kann. Das Landesamt für Pflege wird für mich in der Zukunft auch eine andere Bedeutung haben. Ich habe das hier schon einmal gesagt. Das muss ein Thinktank zum Thema Pflege werden. Unabhängig von der Abwicklung irgendwelcher Förderinstrumentarien muss es Pflege auch weiterdenken.

Zur Frage des Expertengesprächs am 25. März 2022: Selbstverständlich sind Sie als pflegepolitische Sprecher alle eingeladen; das ist doch klar. Wir wollen doch zusammen etwas erreichen. Es geht ja nicht um eine parteipolitische Zuordnung, sondern darum, gemeinsam gute Ideen zu entwickeln und Pflege voranzubringen. Deswegen habe ich schon vor Kurzem versucht, das Gespräch mit allen pflegepolitischen Sprechern der Fraktionen zu führen, damit wir auch beim Pflege- und Wohnqualitätsgesetz Ideen entwickeln, wie wir dort vorgehen. Das ist der richtige Weg.

Wir müssen sehen, wie schnell wir Einrichtungen als Ultima Ratio schließen können, wenn es darauf ankommt; auch das muss möglich sein. Auch hier müssen wir die Mechanismen nachschärfen. Wir werden auch als Ausfluss aus dem Expertengespräch ein Organisationsgutachten auf den Weg bringen, um dann zu sehen, wo wir gemeinsam nachsteuern müssen. Ich möchte auch, dass die Taskforce am LGL, die jetzt noch in der Pandemie gute Dienste leistet, sich stärker in das Thema Pflege einbringt und die Heimaufsicht unterstützt.

Letztendlich müssen wir die Pflege insgesamt verbessern, die Rahmenbedingungen für die Pflegekräfte. Das ist doch das große Thema. Je mehr Menschen wir haben, die wieder in der Pflege drin sind, desto besser kann Pflege funktionieren. Deswegen geht die Aufgabe nicht nur in die eine Richtung, sondern auch in Richtung Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte, Gehaltsstrukturen und all der Dinge, die auf dem Tisch liegen. Das muss jetzt passieren. Das wird nicht mit einem Pflegebonus passieren, sondern das muss man gemeinsam größer auf den Weg bringen. Der Schutz der Menschen ist unsere Aufgabe. Wir dürfen aber auch nicht überbordende Bürokratie zulassen. Die Pflege muss insgesamt gestärkt werden, damit es den Menschen in unserem Land gut geht. Dafür möchte ich mich einsetzen. Dafür kämpfen wir in diesem Haus gemeinsam Seite an Seite.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Staatsminister. Bleiben Sie bitte. Nein, so leicht geht das nicht. Sie müssen schon noch hierbleiben. – Zwei Zwischenbemerkungen: die erste von Herrn Kollegen Krahl. Bitte.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Klaus, du bekommst jetzt die einmalige Gelegenheit, mir im Plenarsaal auf die Sprünge zu helfen. Du hast nämlich gesagt: Wir müssen tun. – Jetzt hast du aber einen Redebeitrag zu einem Antrag gegeben, der fordert, zu prüfen und zu berichten, also nichts zu tun. Die konkrete Frage, weil ich das Innenleben des Ministeriums nicht kenne: Was genau

passiert jetzt mit dem Antrag? Ihr seid im Ministerium quasi schon weiter als die eigene Regierungsfraktion, oder sehe ich das falsch?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Krahl, wir sind in dieser Koalition einfach so gut, dass der eine etwas schreibt und der andere tut es schon.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zweite Zwischenbemerkung: von Herrn Dr. Dominik Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Nachdem Kollege Krahl schon das eine oder andere vorweggenommen hat, möchte ich einen Wunsch formulieren, und zwar den Wunsch nach einem Zeitplan, wie wir jetzt weiter vorgehen. Es kann nicht beim Expertengespräch mit anschließenden Maßnahmen enden, sondern wir brauchen eine Begleitung, eine Information an den Gesundheitsausschuss, und ich würde gerne aktiv daran mitarbeiten, wenn es um Umsetzungen oder Ähnliches geht. Aber ich bitte, einen Zeitplan zu erstellen, was wann umgesetzt sein sollte.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Wir haben das Thema so aufgesetzt, dass wir erst mal diese Pflege-SOS-Anlaufstelle auf den Weg bringen. Das soll am 7. März am Landesamt für Pflege starten, sodass tatsächlich dieses niedrigschwellige Angebot da ist. Am 25. März wollen wir uns in diesem Expertengremium treffen – die Einladung ist heute schon rausgegangen – und aus diesem Expertengespräch die weiteren Schritte gemeinsam entwickeln – Organisationsgutachten und die Fragen, die sich dann stellen.

Es ist wichtig, dass wir ein gemeinsames Verständnis entwickeln. Ich will das aus meiner Erfahrung heraus ansprechen: Es passiert etwas, und der Reflex ist oft, wir brauchen neue Gesetze, Verordnungen und schärfere Maßnahmen. – Das ist einerseits si-

cherlich teilweise wahr. Andererseits müssen wir schauen, was wir daraus an Bürokratie und Kontrollmechanismen entwickeln, die möglicherweise Dinge einschränken.

Ich würde gerne noch mal die Themen Heimaufsicht und Medizinischer Dienst beleuchten. Wie sind die miteinander verschränkt? Wo sind da die Strukturen, wo wir vielleicht gemeinsam etwas Neues aufbauen müssen? Aber dazu sollten wir uns Zeit lassen, weil etwas Gutes herauskommen muss. Ich will nichts verzögern, sondern wir wollen aus dem Expertengespräch heraus gemeinsam Meilensteine definieren, wie wir mit dem Thema umgehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/21296 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktion der AfD. Enthaltungen? – Sehe ich nicht im Saal. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/21297 mit 18/21301 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in die jeweils zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.